

AMA-Milchforum 2023: Milchwirtschaft und Klimaschutz - ist das möglich?	1
Copa und Cogeca ließen Folgen von Käfigverbot in EU-Nutztierhaltung abschätzen	2
Schnellschätzung: Inflation beträgt im Mai 8,8%	3
Oberösterreich: Knapp 10 Mio. Euro mehr für agrarische Investitionsförderung	4
Tiroler Landesregierung gibt vierten Wolf zum Abschuss frei	6
Taskforce Ölkürbis: Effektiver Pflanzenschutz unerlässlich	7
Vogelgrippe: Ende der Stallpflicht für Salzburger und öö. Gemeinden	8

AMA-Milchforum 2023: Milchwirtschaft und Klimaschutz - ist das möglich?

Branchentreff mit Blick über den Tellerrand

Wien, 1. Juni 2023 (aiz.info). - Rund 150 Personen nutzten beim gestrigen "AMA Milchforum" (früher Milch-Symposium) die Möglichkeit für einen Informationsaustausch und Diskurs mit den führenden Köpfen der heimischen Milchbranche, die sich zum Thema "Milchwirtschaft in Österreich: Wertvoller Beitrag oder Klimakiller?" am Wienerberg zusammengefunden hatte. "Wir als AMA-Marketing gehen weiterhin mit den Branchen gemeinsam den Weg in die Zukunft und sehen uns als Brückenbauer zwischen Konsumenten und Produzenten", betonte AMA-Marketing Geschäftsführerin **Christina Mutenthaler-Sipek**

Österreichische und internationale Expert:innen präsentierten dabei die aktuelle Forschungslage und gaben Einblicke in die Stimmungsbilder aus der Bevölkerung. Journalist und Autor Andreas Sator polarisierte gleich zu Beginn mit seinen Einschätzungen darüber, inwieweit Nachhaltigkeit und Klimaziele mit der Landwirtschaft kompatibel sind und wie die Relevanz von Gentechnik in der zukünftigen Lebensmittelproduktion steigen wird.

Um Milchproduktion im Alpenen Raum ging es anschließend im Vortrag von Wilhelm Windisch, seines Zeichens Experte für Tierernährung an der TU München. Windisch hob die Wichtigkeit von Nutztieren für einen funktionierenden Kreislauf hervor, da sie die in der Landwirtschaft erzeugte, und für den Menschen nicht essbare, Biomasse weiterverwerten. Nutztiere fördern die Pflanzenproduktion und erzeugen zusätzliche Lebensmittel, so der Experte. Sein Fazit daher: Milchproduktion ist im Alpenen Raum nach wie vor zeitgemäß, da die Kreislaufwirtschaft funktioniert.

Intaktes Ökosystem

Stefan Hörtenhuber von der Universität für Bodenkultur in Wien (Boku) präsentierte aktuelle Forschungsergebnisse aus der Nutztierhaltung und räumte mit dem Vorwurf auf, die Kuh sei ein Klimakiller. Ihm zufolge verursache die Milchwirtschaft in Österreich um 25% weniger Treibhausgase als der EU-Durchschnitt. Eine Straßenumfrage in Wien machte deutlich, wie hoch der Aufklärungsbedarf über die Landwirtschaft und Tierhaltung in der österreichischen Bevölkerung ist und gab der Branche einen klaren Arbeitsauftrag.

Best-Practice-Beispiele aus dem Nachbarland

Darüber, wie sich die größte deutsche Molkereigenossenschaft, die DMK Group, in den vergangenen Jahren weiterentwickelt hat und welchen Herausforderungen man sich dabei stellen musste, erzählte anschließend Oliver Bartelt, Global Head of Corporate Communications der DMK Group. Ein wesentlicher Aspekt, um die Konsument:innen abzuholen, war, sich dem Thema Nachhaltigkeit ernsthaft zu widmen und das auch nach außen zu kommunizieren. Die Milchwirtschaft hat ein Kommunikationsproblem, so Bartelt. Dieses zu lösen, würde auch Abhilfe in einigen anderen Bereichen schaffen und unter anderem dem Fachkräftemangel in der Branche entgegenwirken.

Kerstin Wriedt von der Initiative Milch 2.0 in Deutschland präsentierte die Ergebnisse einer neuen Studie von rheingold salon zu den Konsumgewohnheiten der Verbraucher:innen. Eines der

wesentlichen Ergebnisse: Die Mehrheit der Verbraucher will auch in den nächsten zehn Jahren bei Milch bleiben - sie wünschen sich aber auch mehr Zukunftsorientierung. Eine neue Art des Storytellings rund um Milch und Milchprodukte muss gelingen.

Zum Abschluss des AMA-Milchforums gab Alexander Anton, Generalsekretär des Europäischen Milchverbandes (EDA), Einblicke in die Agrarpolitik der EU und skizzierte einige Trends, die die Milchbranche in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen werden, wie die Extraktion des wertvollen Proteins Lactoferrin. Abschließend fand Anton lobende Worte für die Vorreiterrolle der österreichischen Milchwirtschaft in Sachen Nachhaltigkeit. (Schluss)

Copa und Cogeca ließen Folgen von Käfigverbot in EU-Nutztierhaltung abschätzen

Dramatischer Produktionseinbruch und mehr Importe - Markt belohnt neue Standards nicht

Brüssel/Wien, 1. Juni 2023 (aiz.info). - Ein Käfigverbot von der Hühnerhaltung über Abferkelbuchten bis zu Einzelboxen von Kälbern wird in der EU diskutiert. Da in der öffentlichen Debatte niemand von den Folgen für den Sektor spreche und die EU-Kommission keine Anstalten mache, eine Folgenabschätzung vorzulegen, beauftragten die EU-Landwirte- und Genossenschaftsverbände Copa und Cogeca drei wissenschaftliche Institute damit, die Konsequenzen des Verbots der Käfighaltung von Hühnern und von Abferkelbuchten zu untersuchen. Diese kommen zum Schluss, dass in der EU-27 die Produktion von Schweinefleisch dramatisch und die von Eiern weniger einbrechen würde. Importe und Preisdruck daraus würden zunehmen, notwendige Milliardeninvestitionen zu noch stärkerer Konzentration führen und Agrarbetriebe, die diese neuen Standards einführen, würden nicht mit Aufpreisen am Markt belohnt, da sich dann alle daran halten müssten. Österreich ist den bestehenden EU-Standards zwar heute schon weit voraus, werde aber von den Folgen auch eingeholt.

Die Verbände beauftragten mit der Studie das Institute of Agricultural Economics Nonprofit Kft. (AKI) in Budapest, die Stiftung Science and Education for Agri-Food Sector (FNEA) in Warschau und das European Centre for Agricultural, Regional and Environmental Policy Research (EuroCARE) in Bonn. Nach dem sogenannten CAPRI-Modell für Vorab-Folgenabschätzungen der Agrar- und internationalen Handelspolitik untersuchten die Institute Konsequenzen für die beiden Sektoren Eier- und Schweinefleischproduktion unter den drei Szenarien einer Übergangszeit bis 2025, 2035 und 2045.

Das Europäische Parlament (EP) und eine Bürgerinitiative "end the cage" fordern ein Ende der Käfighaltung von Nutztieren in der EU bis 2027, die EU-Kommission kündigte dazu 2021 für heuer einen Vorschlag zur Revision der EU-Tierwohlrichtlinie an.

Dramatischer Einbruch vor allem der Schweineproduktion und zunehmende Importe

Demnach würde die Schweineerzeugung der EU-27 im Falle der kürzesten Übergangszeit zwischen um 23,6% einbrechen und bis zu 3,5 Mrd. Euro Investitionen erfordern. Weniger betroffen wäre die Erzeugung von Eiern, wenngleich auch die Hühnerhaltung mindestens 3,2 Mrd. Euro für neue

Stallungen anlegen müsste. Da die Nachfrage der Konsumentenschaft nicht so stark nachlassen würde wie die inländische Erzeugung, schnelle der Import von Schweinefleisch aus Drittländern abhängig vom Szenario von mehr als einer Verdoppelung bis zu fast der Hälfte in die Höhe und der von Eiern zwischen 18% und 5%. Dies schwäche die viel beschworene Resilienz der Landwirtschaft in der EU und steigere die Abhängigkeit von Drittländern. Auch verlören Exporte aus der Union hinaus und deren Erlöse.

Langfristig Erlösverluste für Landwirtschaft und Preisdruck durch Importe

Für die Konsumentenschaft und die Landwirtschaft in der EU bahne sich im Falle der sofortigen Umstellung der Haltungsformen bis 2025 kurzfristig ein Preisschock von 47,4% beim Schweinefleisch an, während der Eierpreis nur 3,7% ansteigt. Langfristig jedoch erleide die Landwirtschaft Erlösverluste, auch unter dem Preisdruck durch die Einfuhren. Mit längeren Übergangsfristen schwäche sich der unmittelbare Preisschock vor allem beim Schweinefleisch deutlich ab.

Der hohe Investitionsbedarf ziehe innerhalb der EU eine noch stärkere Konzentration der Erzeugung in großen, kapitalstarken Einheiten und Regionen nach sich. Gleichzeitig verlagere sich ein Teil der Produktion in Drittländer mit niedrigeren Standards und werde dort - ähnlich den Auswirkungen der Farm to Fork-Strategie - entgegen den Absichten der Erfinder die CO2-Problematik anheizen, dem Tierwohl schaden und die Biodiversität verringern. (Schluss)

Schnellschätzung: Inflation beträgt im Mai 8,8%

Niedrigster Wert seit Juni 2022, vor allem Treibstoffe sind Preisdämpfer

Wien, 1. Juni 2023 (aiz.info). - Die Teuerung in Österreich hat im Mai deutlich an Schwung verloren. Laut Schnellschätzung der Statistik Austria dürfte die Inflationsrate voraussichtlich 8,8% betragen, nach 9,7% im April. Das wäre der niedrigste Wert seit Juni 2022. Das Preisniveau gegenüber dem Vormonat steigt voraussichtlich um 0,1%. "Hauptverantwortlich für diesen Rückgang ist der ungebrochene Abwärtstrend bei den Treibstoffpreisen und auch bei den Nahrungsmitteln schwächt sich der Preisauftrieb weiter ab", so Statistik Austria-Generaldirektor **Tobias Thomas**.

Deutlicher Rückgang auf 6,1% in Deutschland

In Deutschland ist die Teuerungsrate im Mai ebenfalls deutlich gesunken und hat mit 6,1% den niedrigsten Stand seit mehr als einem Jahr erreicht. Der Preisauftrieb auf Verbraucherebene hat damit im dritten Monat in Folge an Tempo verloren, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch auf Basis vorläufiger Daten mitteilte. Niedriger war die jährliche Inflationsrate in Deutschland zuletzt im März 2022 mit damals 5,9%.

Im März des laufenden Jahres hatte die Inflationsrate mit 7,4% erstmals seit August 2022 wieder die 8-Prozent-Marke unterschritten. Für April hatten die Wiesbadener Statistiker eine Teuerungsrate von 7,2% errechnet. Von April bis Mai 2023 sanken die Verbraucherpreise nach Berechnungen des Bundesamts um 0,1%, meldet Dow Jones News.

Inflation in Euroraum auf Basis HVPI bei 6,1% - In Österreich bei 8,7%

Laut dem EU-Statistikamt Eurostat schwächte sich im Mai auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) die Inflation des Euroraums im Jahresabstand auf 6,1% nach 7,0% im April ab. Österreich kommt nach diesem Berechnungsmodus auf eine Preissteigerung im Mai von 8,7% (April: 9,5%) und Deutschland von 6,3% (April: 7,6%). (Schluss)

Oberösterreich: Knapp 10 Mio. Euro mehr für agrarische Investitionsförderung

Zielgerichtete Investitionen in zukunftsorientierte und nachhaltige Projekte

Linz, 1. Juni 2023 (aiz.info). - Die oberösterreichische Landesregierung stellt zusätzliche Finanzmittel in Höhe von knapp 10 Mio. Euro für die agrarische Investitionsförderung und damit für zukunftsorientierte und nachhaltige Projekte frei. "Ziel ist es, den Lebensmittelstandort Oberösterreich am Puls der Zeit auszubauen und unsere Ernährungssicherheit dauerhaft abzusichern. Dabei sollen auch Erkenntnisse aus der Kreislaufwirtschaft und neue Formen der Rohstoff- und Energienutzung aktiv einfließen. Unsere Bauernhöfe sind auf dem besten Weg energieautark und klimaneutral Lebensmittel für die Bevölkerung zu produzieren", betonten Landeshauptmann **Thomas Stelzer** und Agrarlandesrätin **Michaela Langer-Weninger** heute bei einer Pressekonferenz.

Bilanz und Ausblick

Ein wesentlicher Maßstab für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe ist die agrarische Investitionsförderung. Sie wird aus Mitteln von EU, Bund und Land Oberösterreich kofinanziert. Dabei werde jeder Euro aus Brüssel abgeholt, wie Langer-Weninger betont. In der vergangenen GAP-Periode 2014-2022 (inkl. der beiden Übergangsjahre) wurden 15.311 Anträge mit einer Gesamtfördersumme von 346,2 Mio. Euro bewilligt und damit 8.825 Betriebe unterstützt.

So wurden etwa 150 Mio. Euro in besonders tierfreundliche Haltung von Rindern, Schweinen und Geflügel investiert, daneben etwa auch in Melkroboter (Zahl liegt in Oberösterreich bereits bei 670), automatisierte Fütterungssysteme oder Entmistungsroboter.

Ebenso erfolgreich wie wichtig ist die Existenzgründungsbeihilfe für Jungbäuerinnen und -bauern. "Damit unterstützen wir die nächste Generation der OÖ Bäuerinnen und Bauern beim Aufbau ihrer betrieblichen Existenzen. Rund 3.000 Förderanträge wurden in der vergangenen GAP-Periode positiv erledigt. Nicht zuletzt auch deshalb zeigt sich, dass Oberösterreich im EU-Durchschnitt die jüngsten und motiviertesten Hofübernehmerinnen und -übernehmer hervorbringt", so die Landesrätin.

Weitere 10 Mio. Euro werden für zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen im Agrarsektor und im ländlichen Raum, etwa im Bereich Direktvermarktung, Bildung oder im Rahmen des LEADER-Programms bereitgestellt.

Eine wertvolle Ergänzung zur Investitionsförderung ist der OÖ. Zukunftsfonds, der jährlich zusätzlich 2 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt für die Landwirtschaft bereitstellt. "Unsere Landwirtinnen und Landwirte investieren zielgerichtet und gestalten die Produktion nach den Anforderungen des Marktes. Mit den zusätzlichen Mitteln aus dem Zukunftsfonds unterstützt die OÖ. Agrarpolitik den

Weg der Digitalisierung, des Smart Farmings und des angewandten Klimaschutzes", so Stelzer und Langer-Weininger.

Aktuell werden im Rahmen dessen Pilotprojekte und neue Forschungsansätze in den Bereichen Pflanzenschutz, Düngemanagement und biologischer Pflanzenschutz unterstützt. Darüber hinaus sind weitere Forschungsanträge aus den unterschiedlichen Fachgebieten (etwa zur der genomischen Züchtung bei Rinderrassen) eingereicht worden und aktuell in der Prüfungs- und Bewilligungsphase.

OÖ Landwirtschaft: Unterschätzter Wirtschaftsteilnehmer

"Oberösterreich ist führender Industriestandort. Oberösterreich ist aber auch ein starker Land-Wirtschaftsstandort", stellt Langer-Weininger klar: "Die Zahlen der Statistik Austria und der regionalen Gesamtrechnung zeigen: Die Landwirtschaft zählt mit 29.173 Betrieben und 2,4 Mrd. Euro Produktionswert zu den größten Wirtschaftsbereichen im Land."

Neue Förderperiode: Frisches Geld für agrarische Investitionen

In der neuen Förderperiode 2023 - 2027 stehen den oberösterreichischen Bäuerinnen und Bauern in der agrarischen Investitionsförderung insgesamt 29,3 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung. Davon stammen 24,3 Mio. Euro pro Jahr für die agrarische Investitionsförderung aus Mitteln von EU, Bund und Land Oberösterreich und 5 Mio. Euro für die agrarische Investitionsförderung aus zusätzlichem Landesbudget.

Neue Förderbroschüre

Eine kompakte Übersicht über die neuen Projektförderungen im agrarischen Bereich bietet eine neue Broschüre des Landes, die vor allem auf betriebliche Investitionen, solche in der Vermarktung und im agrarischen Umfeld abzielen.

Per Handysignatur zur Agrarförderung

Mit Beginn der Förderperiode im Programm der ländlichen Entwicklung (LE 2023- 2027) erfolgt die Antragstellung für die Investitionsförderung über eine neue digitale Förderplattform (DFP) der AMA. Die Online-Antragstellung ist seit 9. Jänner 2023 über das Internetserviceportal eAMA erreichbar. Bewilligende Stelle ist das Amt der OÖ. Landesregierung. 1.621 Anträge sind seither bereits volldigital eingelangt.

Die Antragstellung und das Absenden des Antrages in der digitalen Förderplattform auf eAMA, erfolgt per Handy-Signatur bzw. mit ID Austria. Auf einem öffentlich zugänglichen Informationsportal zu Projektmaßnahmen sind darüber hinaus Rechtsgrundlagen, Merkblätter zu den einzelnen Fördermaßnahmen für das jeweilige Bundesland mit zitierten Richtlinien texten, Erläuterungen und wichtigen Hinweisen sowie Erklär-Videos für die Investitionsförderung zu finden. (Schluss)

Tiroler Landesregierung gibt vierten Wolf zum Abschuss frei

Verordnung gilt für 100 Jagdgebiete in Osttirol

Innsbruck, 1. Juni 2023 (aiz.info). - Nach elf toten und rund 30 vermissten Schafen im Almgebiet von Prägraten (Bezirk Lienz) allein am Pfingstwochenende hat die Tiroler Landesregierung die nunmehr dritte Abschussverordnung für einen Wolf in Osttirol erlassen. Diese ist gestern, 31. Mai, in Kraft getreten und gilt für acht Wochen. "Damit dehnen wir das Gebiet, in dem ein Wolf geschossen werden kann, noch einmal aus und erhöhen die Chancen, dass die Jägerschaft das Schadtier oder die Schadtiere auch tatsächlich erlegen kann", so LHStv **Josef Geisler**. In 100 von 155 Jagdgebieten in Osttirol kann nunmehr ein Wolf geschossen werden. Fünf Jagdgebiete sind überlappend von zwei Verordnungen umfasst. Dort können zwei Wölfe erlegt werden.

Gerade für die Osttiroler Almen ist die Beweidung durch Schafe extrem wichtig. Jedes vierte Schaf, das den Sommer auf einer Tiroler Alm verbringt, tut dies in Osttirol. Auf 117 Almen weiden dort im Sommer jährlich rund 17.000 Schafe und sorgen so für ein Offenhalten der Landschaft, für Artenvielfalt und den Schutz vor Naturgefahren. In Summe sind in Tirol derzeit vier Abschussverordnungen für einen Wolf in Kraft, drei in Osttirol und eine im Ötztal. Sowohl im Ötztal als auch in Osttirol wurde die Anwesenheit eines Wolfes inzwischen mehrfach durch genetische Untersuchungsergebnisse bestätigt.

Bär im Lechtal genetisch bestätigt

Nachdem im Lechtal bereits im April mehrmals anhand von Spuren im Schnee, Aufnahmen einer Wildkamera und Losung ein Bär nachgewiesen wurden, liegen nun auch die DNA-Ergebnisse zu den Schafrißen Mitte Mai in Weißenbach vor. Hier wurde ein Bär nachgewiesen. Es gibt aktuell keine Hinweise, dass es sich im Lechtal um einen Bären handelt, von dem eine erhöhte Gefahr für Menschen ausgeht. "Nur in einem solchen Fall haben wir die Möglichkeit, sofort zu handeln - denn die Sicherheit der Menschen hat oberste Priorität. Wenn - wie im vorliegenden Fall - Nutztiere betroffen sind, sind uns derzeit aufgrund der EU-rechtlichen Rahmenbedingungen die Hände gebunden", drückt Geisler sein Unverständnis dafür aus, dass trotz Nutztierverlusten aktuell keine Möglichkeit für eine Entnahme besteht und drängt damit einhergehend auf eine schnellstmögliche Änderung der FFH-Richtlinie.

Anfang April dieses Jahres wurde in Weißenbach anhand eines Wildtierrisses auch ein Wolf bestätigt und genau bestimmt. Das Tier mit der Bezeichnung 181 MATK wurde vergangenen Herbst bereits in Mutters (Bezirks Innsbruck-Land) und in weiterer Folge in Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und zuletzt im Jänner dieses Jahres in Kärnten nachgewiesen. (Schluss)

Taskforce Ölkürbis: Effektiver Pflanzenschutz unerlässlich

Finanzielle Unterstützung bei der Entwicklung alternativer Beizformen

Graz, 1. Juni 2023 (aiz.info). - In Graz hat sich die Taskforce Ölkürbis, bestehend aus Spitzenvertretern aus Politik, Interessenvertretung, Praktikern und Saatgutwirtschaft, gestern einen Gesamtüberblick über das Schadensausmaß auf den steirischen Kürbisflächen verschafft und die nächsten Schritte zur Sicherung des Ölkürbis-Anbaus festgelegt. Gleichzeitig gab der zuständige Agrarlandesrat Johann Seitinger bekannt, die steirische Fruchtfolge-Bestimmung werde angesichts der Krisensituation für heuer ausgesetzt. Somit ist es möglich, dass auf stark geschädigten Ölkürbisflächen ausnahmsweise Mais (unter Einhaltung der Invekos-Vorgaben) angebaut werden kann. Das hilft vor allem kleineren Betrieben.

Wie berichtet waren von den 8.822 ha Ölkürbis-Anbaufläche in der Steiermark 2.500 ha so schwer geschädigt, dass nur mehr ein kostenintensiver Umbruch und eine teure Neuaussaat von Ölkürbis oder anderen Kulturen wie Sojabohne, Mais oder Hirse möglich waren. Nur etwa 1.700 ha (rund 20%) der Anbaufläche sind in einem zufriedenstellenden Zustand. Die restlichen gut 4.000 ha sind ebenfalls geschädigt - es fehlen mindestens ein Drittel der Pflanzen. Diese Betriebe versuchen durch Pflegemaßnahmen zu retten, was zu retten ist. Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark-Präsident **Franz Titschenbacher** weiß um die großen Bemühungen der betroffenen Kürbisbauern, ihre Flächen zu retten. "Um den steirischen Kürbisbauern aber langfristig eine Perspektive geben zu können, ist ein effektiver Pflanzenschutz zwingend notwendig."

Das ist Teil eines für die Taskforce unabdingbaren Maßnahmenpaktes zur Absicherung des Ölkürbis-Anbaus in der Steiermark, wo es heißt: Die EU-Pflanzenschutzmittelverordnung SUR (Sustainable Use Regulations) muss unter Einbindung von Praktikern umgestaltet werden. Der derzeitige Entwurf zur SUR-Verordnung beinhaltet leider unter anderem nicht umsetzbare Vorgaben zur pauschalen Reduktion von Pflanzenschutzmitteln, völlig überbordende Dokumentationspflichten beim integrierten Pflanzenschutz sowie ein Totalverbot von Pflanzenschutzmitteln in bestimmten Gebieten. Weiters wird eine Bewilligung des bewährten bisherigen Beizmittels ab 2024 verlangt. Hier müsse die EU rasch handeln, damit der Ölkürbis-Anbau in der Steiermark langfristig gerettet werden könne. "Das heurige Jahr zeigt, wie wertvolle Arbeit der Bäuerinnen und Bauern durch Klimawandel und fehlenden Pflanzenschutz schlagartig vernichtet wird. Nur mit einem vernünftigen und sicheren Pflanzenschutz kann die Versorgung mit leistbaren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln nachhaltig abgesichert werden", betont LK Steiermark-Vizepräsidentin **Maria Pein**

Schließlich wünscht die steirische Saatgutzüchtung und Saatgutwirtschaft eine finanzielle Unterstützung bei der Entwicklung alternativer Beizformen. Vielversprechend sei ein Projekt, bei dem die ungeschützten Ölkürbissamen einen innovativen biotauglichen Schutzmantel erhalten, heißt es.

"Die EU-Kommission muss auf die Erfordernisse der Praxis Rücksicht nehmen. Wenn eine so traditionsreiche Kultur wie der steirische Ölkürbis aufgrund neuer Vorgaben nicht mehr angebaut werden kann, hat man jedes Maß an Hausverstand verloren", so Landesrat **Johann Seitinger** abschließend. (Schluss)

Vogelgrippe: Ende der Stallpflicht für Salzburger und öö. Gemeinden

Anfang Mai waren im Naturschutzgebiet Weidmoos 200 tote Vögel entdeckt worden

Salzburg/Linz, 1. Juni 2023 (aiz.info). - Ab heute ist in den Gemeinden Bürmoos, Lamprechtshausen, Schwerting und Holzhausen (Salzburg) sowie Franking, Moosdorf und Steinwag in St. Pantaleon (Oberösterreich) die Stallpflicht für Geflügel aufgrund von Vogelgrippe beendet.

Anfang Mai sind im Weidmoos im nördlichen Flachgau rund 200 tote Möwen entdeckt worden, die an der Geflügelpest verendet sind. Die Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung hat daraufhin für die Anrainergemeinden Lamprechtshausen, Bürmoos und St. Georgen entsprechende strenge Schutzmaßnahmen, wie etwa eine Stallpflicht, verordnet. Diese ist nun von behördlicher Seite aufgehoben.

Auch wenn nun in den drei Gemeinden keine strengen Schutzmaßnahmen mehr gelten, bleibt Salzburg und ganz Österreich eine Zone mit "erhöhtem Risiko" für die Geflügelpest, betont Salzburgs Landesveterinärdirektor **Josef Schöchel**. "Bei dieser Risikoeinstufung gilt unter anderem, dass das Geflügel bestmöglich vor dem Kontakt mit Wildvögeln zu schützen ist, etwa durch Netze und Dächer beziehungsweise Fütterung im Stall oder unter einem Unterstand. Auch das Trennen von Enten und Gänsen von anderem Geflügel ist sicherzustellen." (Schluss)